



Donnerstag, 27. November 2025

Rede der SPD-Fraktion zum Doppelhaushalt 2026/2027

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem aus der "Süddeutsche Zeitung" vom 28.10. 2025 beginnen. Sie berichtet von einem Schreiben, das die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Landeshauptstädte aller 13 Flächenländer an Bundeskanzler Friedrich Merz und die Ministerpräsidenten gesandt haben. In diesem gemeinsamen Brief fordern die Stadtoberhäupter quer durch alle Parteien eine grundlegende Neuordnung der kommunalen Finanzen.

"Die Schere zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben öffnet sich immer weiter", "Der Bund muss endlich begreifen: Die Kommunen sind absolut am Limit ihrer Leistungsfähigkeit. Wir können nicht mehr!" "Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, in jedem Gesetzentwurf, der künftige Belastungen für kommunale Ressourcen nach sich zieht, von vornherein eine vollständige und angemessene Kompensation vorzusehen." Konkret fordern die Stadtoberhäupter also, dass das oft zitierte Konnexität-Prinzip "Wer bestellt, muss bezahlen" endlich im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen gelten müsse. Ausgabentreiber sind vor allem Sozialaufgaben, Klimaanpassung, ÖPNV, Kliniken und die Umsetzung bundesrechtlicher Vorgaben ohne gesicherte Finanzierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind deutliche Worte und das heißt: die Aalener Situation ist kein Einzelfall. Das bedeutet aber auch! Es darf keine weiteren Aufgabenübertragungen von Bund oder Land ohne vollständige Gegenfinanzierung mehr geben!!!

Zumal sich in der Region Ostwürttemberg das konjunkturelle Stimmungsbild im Herbst 2025 verschlechtert hat: Der aktuelle Konjunkturbericht der IHK schreibt: „Die Wirtschaft in Ostwürttemberg steckt weiter in einer Stagnation. Obwohl die Investitionsbereitschaft steigt, gehen die Auftragseingänge zurück.“ Die aktuelle Verunsicherung bei den Unternehmen ist angesichts schwieriger, tiefgreifender Restrukturierungs- und Transformationsprozesse sehr hoch. Diese gesamtwirtschaftlichen Eckdaten haben auch Einfluss auf unseren städtischen Haushalt und werden noch zusätzlich durch die finanzielle Schieflage der Stadtwerke Aalen verstärkt.

Die prekären Kommunalfinanzen der Stadt Aalen sind in den letzten Wochen und Tagen sowohl öffentlich als auch im Gemeinderat hinreichend mit Zahlen und Fakten beschrieben worden. In guter Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat haben OB Brütting, die beiden Dezernenten, die Kämmerei und die verantwortlichen Vertreter der verschiedenen Ämter in den letzten Monaten gemeinsam den Versuch unternommen den Doppelhaushalt 2026/27 genehmigungsfähig zu machen. Diese Sisypchos-Arbeit kann gelingen, wenn der Gemeinderat bereit ist, zum einen strukturelle, dauerhafte Einsparungen in den Ergebnishaushalten der kommenden Jahre mitzutragen. Es ist weder nachhaltig noch zulässig, den laufenden Betrieb dauerhaft mit Krediten zu finanzieren. Zum anderen müssen wir bereit sein, unsere unterdurchschnittlichen Einnahmen in den Gebührenhaushalten und im Bereich der Steuern zu verbessern.

Ganz konkret bedeutet das, dass wir als SPD-Fraktion, die im vorliegenden Haushaltsplanentwurf geplante Erhöhung der Grundsteuern A und B und die Einführung der Grundsteuer C mittragen werden. Zumal seit dem Jahr 2014 nicht einmal eine inflationsausgleichende Erhöhung des Hebesatzes vollzogen wurde und die Einnahmen dadurch rückläufig waren!

Auch den strukturellen Umbau zum „Eigenbetrieb Bäder“ und die

diesbezüglichen Einsparungen im Bereich der Bäder-Öffnungszeiten werden wir mittragen. Angesichts der strukturellen Bäderdefizite **beantragen wir, schnellstmöglich ein Bäderkonzept zu entwickeln, das folgende Fragen beantwortet:** Welchen Abmangel für die städtische Bäderlandschaft können und wollen wir uns zukünftig auf Dauer leisten? Wie organisieren wir die Bäder-Betriebsstrukturen? Wieviel m² Wasserfläche sind für Aalen angemessen? **(Ulm und Neu/Ulm haben 2.600 m² HDH 2.600GD3.500m²).**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen leider als kommunale Repräsentanten lernen, dass wir ohne nachhaltige strukturelle Veränderungen im Haushalts-Finanzierungsbereich so nicht weiterkommen. Wenn die Fremdhilfe durch Subsidiarität und Konnexität nicht ausreicht, müssen wir angesichts der angespannten Finanzlage notgedrungen als Stadt selbstständig agieren und sowohl auf der Einnahmenseite als auch der Ausgabenseite zu Korrekturen bereit sein. Auf den Gemeinderat kommen also herausfordernde Kompromisse und schwierige Entscheidungen zu. Die SPD-Fraktion wird sich diesen Herausforderungen weiterhin verlässlich, lösungsorientiert und verantwortungsbewusst stellen.

Soweit dies die Aalener Situation betrifft, steht für die SPD-Fraktion auch in Zukunft vor allem der **Ausbau und die Weiterentwicklung des Bildungs- und Betreuungsangebots** und **die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum** im Fokus. Der **nachhaltige Klimaschutz** bildet für uns einen weiteren Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Hier müssen zwar einige Maßnahmen Federn lassen, doch viele gewichtige Kern-Projekte können realisiert werden. Auch Maßnahmen zur **Mobilität** - siehe Bahnhalt Aalen-West - und Anstrengungen **zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum** können weiterhin umgesetzt werden. Auch im Bereich der **Digitalität** und in der **medizinischen Versorgung** können die Kernaufgaben realisiert werden, wenn auch in etwas langsamer Gangart.

Auf der Einnahmenseite müssen die städtischen Gebühren auf den Prüfstand, um zusätzliche Einnahmen zu generieren. Eine **zeitaktuelle Optimierung der Kostendeckungsgrade und regelmäßige Gebühren-Updates** in **kleinen** Schritten verhindern **große** Finanzierungslücken.

Dazu gehört auch die Beteiligung von Investoren an Bodenwertsteigerungen, sofern dadurch städtische Infrastrukturfolgekosten entstehen. **Die SPD-Fraktion stellt deshalb den Antrag**, dass zukünftig bei Bodenwertsteigerungen, die durch die Schaffung einer verbindlichen Bauleitplanung entstehen, die davon profitierenden Investoren an den Infrastrukturfolgekosten beteiligt werden. Eine kostenausgleichende Umlage wäre nur fair und würde mögliche Investoren an der Finanzierung beteiligen, die durch ihre Investition für die Allgemeinheit entstehen.

Auf der Ausgabenseite wollen wir bei den Investitionen keine Vollbremsung vollführen, sondern vielmehr klug priorisieren. Rentierliche Schulden generieren Arbeitsplätze und zukünftige Einnahmen auf der Gewerbesteuerseite. Der zügige Ausbau der nötigen Infrastruktur für die Ansiedlung von Zeiss in Ebnet einschließlich der Erschließung neuer Baugebiete ist so ein Beispiel für kluge Priorisierung. Hier sollten die Infrastrukturmaßnahmen proaktiv und analog zur Entwicklung der Zeiss Erweiterung gehen. Wir arbeiten weiter daran solche und auch weitere neue Gewerbeansiedlungen in unserer Stadt zu realisieren.

Wir sind als SPD-Fraktion bereit die Investitions-Obergrenze von 88 Mio. auf 50 Mio. € zu reduzieren, weil es bisher gelungen ist durch zeitliche Verschiebungen, einige Streichungen, hauseigene Planungen, neue Priorisierungen die Kernaufgaben und die Grundversorgung der Bürger und Bürgerinnen zu gewährleisten.

Jedoch, selbst die Reduzierung auf 50 Millionen Investitionen bedeutet nach wie vor eine große Herausforderung und ein sehr hohes Tempo bei der konsequenten Umsetzung der begonnenen Projekte. Wir müssen uns bewusstwerden, dass die

Gelder für die Transformation Aalens in die Zukunft parallel zu den nötigen Veränderungen erst verdient werden müssen; wenn sie nicht zur Verfügung stehen, können sie auch nicht investiv verwendet werden. Dazu gehört die Überlegung: **Welche Freiwilligkeitsleistungen wirken am effektivsten und sind auf Dauer vertretbar und in welchem Umfang?**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, helfen könnte dabei auch die Bereitschaft, das oft unvernünftig hohe Tempo aus der Bewältigung dieser tiefgreifenden gesellschaftlichen Infrastrukturänderungen herauszunehmen! Über die Zielrichtung herrscht ja größter gesellschaftlicher Konsens, aber dem wechselseitigen Verhältnis zwischen **Finanzierbarkeit und Investitionstempo** wird dabei zu oft und zu wenig Beachtung geschenkt. Zudem steigen in vielen Bereichen die Ausgaben für soziale Aufgaben überproportional an. Hier bedarf es deshalb notgedrungen der Überprüfung der Standards und echter solidarischer gemeinschaftlicher Finanzierung. Wir wollen einen starken Sozialstaat, der denjenigen hilft, die Unterstützung brauchen.

Wir werden mit Rücksicht auf die diffizile Finanzlage und die sorgfältig austarierte Einsparstrategie **keine kostenträchtigen Anträge** stellen. Wir wollen auch keine Umsteuerungen bei den projektierten Aufgaben und Realisierungszielen, die neue Umschichtungen von Finanzierungssummen nach sich ziehen. Die jetzt im Haushalt festgeschriebenen Projekte sind sorgfältig mit allen Trägern, Ämtern, Vereinen und vielen anderen Beteiligten abgestimmt. Eine Gegenfinanzierung neuer, anderer Aufgabenbereiche würde stark destabilisierend in das Gesamtgefüge des Doppelhaushaltes eingreifen. Die komplexe Sanierungsaufgabe der Stadtwerke, die massiv in den städtischen Haushalt eingreift und die auch mit den Banken und im Kontakt mit dem Regierungspräsidium gestaltet wurde, erlaubt unserer Meinung nach zumindest in der jetzigen Situation keine kurzfristige, riskante Neuausrichtung finanzieller Belastungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade weil weiterhin Unsicherheit über Dauer und Ausmaß der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen besteht, heißt das für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt Aalen ganz klar: die Rahmenpläne müssen zwar auf Sicht entwickelt werden; aber die notwendigen Investitionen müssen langfristig konsequent weiterverfolgt werden! Wir wollen die laufenden Projekte kontrolliert und erfolgreich zu Ende führen und in allen Bereichen der kommunalen Grundversorgung die Lebensbedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen **in allen Teilorten** verbessern, erhalten und sichern. In dieser knappen Finanzsituation bleiben natürlich sowohl in der Kernstadt als auch in den Ortsteilen viele Wünsche offen. Das notwendig Machbare ist im Moment deshalb wichtiger als das Wünschenswerte. Gleichwohl können in allen Stadtteilen wesentliche Kernvorhaben, wenn auch längerfristig umgesetzt werden. Darüber besteht klarer Konsens und noch finanzielle Planungssicherheit. **Es muss allerdings sichergestellt werden, dass bei kurzfristig auftretenden Notfall- oder Reparatur-Maßnahmen, die bei verschobenen Projekt anfallen, Abhilfe geschaffen werden kann.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Wettbewerb um Fachkräfte, Neubürger und Investoren spielt die Attraktivität einer Stadt als „harter“ Standortfaktor eine große Rolle. **Wir beantragen deshalb eine Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzept „Attraktives Aalen 2030.“** Das seit 2018 aktuell geltende integrierte Stadtentwicklungskonzept bedarf aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen einer Fortschreibung. Die Entwicklung unserer Stadt sollte auch zukünftig lebens- und lebenswerte Stadtstrukturen schaffen, **die das soziale Miteinander und die Klimaresilienz** in den Vordergrund rücken. Darüber hinaus bildet **ein aktualisiertes Stadtentwicklungskonzept die Grundlage für zukünftige Förderprogramme.**

In diesem Zusammenhang freuen wir uns über die Tatsache, dass die

wiederholten Anträge und Bemühungen der SPD um eine gesamtstädtische Quartiersarbeit nun endlich Erfolge zeitigen. Die **Aalener Nachrichten** (Nov.11.2025) *berichten lobend, dass sich in den Quartieren durch die Aktionen und das Engagement mehr soziale Kontakte, neue Nachbarschaften und Freundschaften entwickelt haben. Wir brauchen auch zukünftig Quartiersarbeit als Antwort auf den gesellschaftlich-demographischen Wandel.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als SPD-Fraktion stellen wir uns diesen Herausforderungen weiterhin mit Optimismus. Die Projekte, die momentan aufgrund der prekären Finanzlage nicht realisierbar sind, werden wir weiterhin im Auge behalten und bei potenzieller Finanzierbarkeit wieder in Angriff nehmen.

Weil die vorbereitende Arbeit für die Finanzplanung 2025 so schwierig war und immer noch ist, bedankt sich die SPD-Fraktion von ganzem Herzen bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Wir sind froh, dass wir in diesen Krisenzeiten eine hochqualifizierte und motivierte Mannschaft zur Verfügung haben. Wir danken ebenso allen Bürgern und Bürgerinnen, die am Erfolg unserer Stadtgesellschaft mitarbeiten und wir danken ausdrücklich allen Steuerzahlern. Gemeinsam mit Ihnen nehmen wir die Herausforderungen auch in diesen schwierigen Zeiten an – zum Wohle der ganzen Stadt.

Fraktionsvorsitzender SPD

Hermann Schludi



HH-Anträge der SPD-Fraktion im Doppelhaushalt 2026/2027

Rahmenbedingungen im kommunalpolitischen Ehrenamt verbessern, Teilhabe sichern

Die ehrenamtliche Tätigkeit als Ortschaftsrat und Stadtrat bildet eine zentrale Säule in unserer Demokratie. Allerdings ist festzuhalten, dass das Ehrenamt für berufstätige Personen sowie für Menschen mit familiären Verpflichtungen, insbesondere mit Kindern, eine außerordentliche Belastung darstellt. So sind bspw. Sitzungstermine im Gemeinderat oder wichtige vor-Ort-Termine die bereits um 14 Uhr begonnen, inzwischen mehr Regel als Ausnahme. Eine Vereinbarkeit mit der regulären Arbeitszeit, Schichtdienst, der Pflege von Angehörigen, Zeit mit den Kindern, ist so nur äußerst schwer möglich. Zudem erschweren kurzfristig angesetzte – und auch ausfallende – Termine eine ordentliche Planung. Ohne geeignete strukturelle Unterstützung besteht die Gefahr, dass noch weniger Bürgerinnen und Bürger sich eine Aufgabe leisten bzw. vorstellen können oder aufgrund der Mehrfachbelastung ausscheiden. Um die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen weiterhin gewährleisten zu können ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zwingend notwendig. Klar ist hierbei auch, dass die Aufwandsentschädigung zwar einen Teil darstellt, allerdings die strukturellen Fragen nicht löst. Die SPD-Fraktion stellt daher folgende Anträge zur strukturellen Verbesserung:

- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dass Gemeinderats- und Ortschaftsrats-, sowie die Ausschusssitzungen erst ab 15:00 Uhr stattfinden. Eine ggf. notwendige Anpassung des Sitzungskalender sowie ggf. Neuordnung der beschließenden Ausschüsse wird vonseiten der Stadtverwaltung geprüft und dem Gemeinderat im 1. Quartal 2026 vorgelegt.

Beteiligung von Investoren an Bodenwertsteigerungen, sofern dadurch Infrastrukturfolgekosten entstehen.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass zukünftig bei Bodenwertsteigerungen, die durch die Schaffung einer verbindlichen Bauleitplanungen entstehen, die davon profitierenden Investoren an den Infrastrukturfolgekosten beteiligt werden. Hierfür wird eine angemessene Infrastrukturfolgekostenumlage der planungsbedingten Bodenwertsteigerung eingeführt. Es muss hierbei sichergestellt werden, dass die Abgabe - gemessen an der durch die Stadt Aalen in Folge bereitzustellenden Infrastruktur - verhältnismäßig ist. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass sich mögliche Investoren an den Kosten beteiligen, die durch ihre Investition der Allgemeinheit entstehen.

Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzept „Attraktives Aalen 2030“

Das aktuell geltende integrierte Stadtentwicklungskonzept wurde im Jahr 2018 beschlossen. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen und um weiterhin eine zielgerichtete, vorausschauende und auf einer aktuellen Datenbasis eine Entwicklung der Stadt Aalen zu ermöglichen, wird eine Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts beantragt. Die Entwicklung unserer Stadt sollte auch zukünftig lebens- und lebenswerte Stadt ermöglichen, die resilient gegenüber den Folgen des Klimawandels ist und das soziale Miteinander in den Vordergrund stellt. Darüber hinaus bildet ein aktuelles Stadtentwicklungskonzept die Grundlage für diverse Förderprogramme. Zudem ist ein digitales Monitoring über die Zielerreichung in den verschiedenen Feldern denkbar.

Jugendpark

Gleichwohl die aktuelle Haushaltslage kaum Investitionen zulässt, stellt die SPD-Fraktion den Antrag die Planungen für den Jugendpark an der Bohlshule im Jahr 2028 anzuvisieren.

Erweiterung der Planung des Lärmschutzwalls in Ebnat

Um die Bürgerinnen und Bürger vor Lärm zu schützen, stellt die SPD-Fraktion den Antrag die Erweiterung des Lärmschutzwalls entlang der Nordumfahrung Ebnat bis zur Unterführung Krautgartenweg konzeptionell zu verfolgen. Damit können zukünftig neben dem bisher geplanten Lärmschuttwall für das Baugebiet Hölläcker auch die Häuser im Bestand entlang der Nordumfahrung geschützt.

Bäderkonzept

Angesichts der strukturellen Bäderdefizite beantragt die SPD-Fraktion, schnellstmöglich bis zum Ende der Stadtwerke-Sanierung ein Bäderkonzept zu entwickeln, das folgende Fragen beantwortet: Welchen Abmangel für die städtische Bäderlandschaft können und wollen wir uns zukünftig auf Dauer leisten? Wie organisieren wir die Bäder-Betriebsstrukturen? Wie viele Quadratmeter Wasserfläche sind für Aalen angemessen?

Schaffung bezahlbarer Wohnraum

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag auch in den kommenden beiden Jahren weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu priorisieren. Hierfür wird die Verwaltung beauftragt eine Erhöhung des verbindlichen Mindestanteils an mietpreisgebundenen Wohnraum zu prüfen. Die WoBau soll auch in den kommenden Jahren im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin Wohnraum schaffen. Darüber hinaus wird die Stiftung Jugendwerk Aalen beauftragt Möglichkeiten zur Schaffung von weiterem Wohnraum für junge Menschen zu prüfen. Denkbar ist zudem in Kombination der städtischen Wohnungsbau und der Stiftung Jugendwerk Aalen Mitarbeitern der Stadt Aalen und ihren Töchtern, insbesondere Auszubildenden und Studierenden, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen.

Personalentwicklung

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass die Stadtverwaltung dem Gemeinderat spätestens im dritten Quartal 2026 einen Sachstandsbericht zur Personalentwicklung bzw. zum Konzept zur mittelfristigen Personalentwicklung vorlegt. Hierbei soll insbesondere auf die Nachwuchsförderung eingegangen werden.

Entsiegelungskonzeption

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und den damit zunehmenden Extremwetterereignissen sowie steigenden Temperaturen, insb. bei versiegelten Flächen, bekommt eine nachhaltige Stadtentwicklung eine neue Bedeutung. Die SPD-Fraktion stellt daher den Antrag, dass die Stadtverwaltung eine umfassende Entsiegelungskonzeption für das gesamte Stadtgebiet erarbeitet. Die Konzeption soll konkrete Flächen auflisten, priorisieren, sowie kurz- und langfristige Maßnahmen zur Reduktion der versiegelten Flächen benennen. Denkbare Maßnahmen sind die Entsiegelung und Begrünung von öffentlichen Plätzen und Wegen, die ökologische Aufwertung von Schulhöfen, Parkplätzen und Verkehrsflächen und die Förderung von wasserdurchlässigeren Belägen. Bestehende Konzeptionen sind mitzudenken.

Auflistung sämtlicher Freiwilligkeitsleistungen

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass die Stadtverwaltung eine Übersicht aller freiwilligen Leistungen erstellt, die nicht Teil der Pflichtaufgaben der Stadt Aalen sind und zugleich in die Zuständigkeit anderer Gebietskörperschaften wie Bund, Land, Ostalbkreis oder der Kirchen fallen. Aufgrund der unübersichtlichen und historisch gewachsenen Strukturen im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen und der aktuellen Haushaltslage, besteht Handlungsbedarf. Hierfür muss auch die notwendige Transparenz gewährleistet werden.

Sommer der Nachbarschaft / Quartiersentwicklung

Mit Blick auf die Erfolge im Rahmen der städtischen Quartiersentwicklung, stellt die SPD-Fraktion den Antrag auch in Zeiten knapper Kassen die Strategie weiterzuentwickeln und einen Bericht zur aktuellen Situation zu erstellen. Insbesondere soll dabei das Augenmerk auf die Stadtteile gerichtet werden. Veranstaltungskonzeptionen, wie der „Sommer der Nachbarschaft“, sollen weiterhin vonseiten der Stadt Aalen konzeptionell unterstützt werden.

Notfälle und Reparaturen gewährleisten

Bei zeitlich verschobenen Projekten muss sichergestellt werden, dass **kurzfristig anfallende Notfälle oder Reparaturen behoben werden können.**

KULTUR

Die städtischen Kultureinrichtungen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadtidentität. Das gleiche gilt für die vielen ehrenamtlichen Kulturschaffenden in Vereinen, Initiativen und anderen Organisationen. Ohne dieses ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement wäre die Stadt weniger attraktiv. Wir würden uns wünschen, den Reigen der bestehenden Kulturveranstaltungen zu erweitern. Unseren Fokus richten wir dabei auf die Außenflächen im KuBAA und das neu entstandene „Amphitheater“ Gaulbad. Im Bereich dieser Plätze könnten wir uns attraktive Sommerveranstaltungen bspw. aus den Bereichen Theater und Jazz vorstellen, die kostengünstig finanzierbar wären.